

14. / 11. 1917

Uebergangswirtschaft auf dem platten Lande.

Mit dem Auerkennnis, die deutsche Landwirtschaft habe während des langdauernden Weltkrieges ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan und Deutschlands wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Auslande erwiesen, verbindet man schlecht-hin die Vorstellung, daß sie durch die Umstellung der Kriegs-auf die Friedenswirtschaft wenig oder doch nur insoweit be-rührt werde, als es sich darum handeln wird, für ausreichende Arbeitskräfte zu sorgen. Eine solche Annahme wäre ein verhängnisvoller Irrtum: Nicht nur auf die Großgrund-besitzungen, sondern auch auf bäuerliche Betriebe erstrecken sich die Wirkungen, die sich aus der unterbundenen aus-ländischen Zufuhr von Kraftfutter- und künstlichen Dünge-mitteln, aus dem unzulänglichen Arbeiterertrag, der not-dürftigen Beschaffung von Maschinen und Geräten usw. ergaben. Nach sachkundigem Urteil werden mehrere Jahre erforderlich sein, um die Bodenkultur, die Viehbestände und das tote Inventar auf den Friedensstand zurückzuführen. Auch dürfte sich das jetzt feindliche Ausland nicht damit be-eilen, uns nach dem Friedensschluß seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse in solchen Mengen zuzuführen, daß der staat-lichen Bewirtschaftung unserer Nahrungsmittel alsbald ein Ziel gesetzt werden könnte. In dieser Hinsicht kommt in Betracht, daß selbst Rußland, das größte Erzeugungs- und Ausfuhrland von Getreide, im Laufe des Krieges wegen seiner Nahrungsmittelversorgung in arge Bedrängnis ge-raten ist, weil seiner Landwirtschaft viele Millionen leistungs-fähiger Arbeitskräfte entzogen waren. Erst wenn dieser Wirtschaftskoloss wieder in der Lage sein wird, von dem Ueberschuß seiner landwirtschaftlichen Erzeugung ausgiebige Mengen abzugeben, dürfte der deutschen Rationierung wich-tiger Nahrungsmittel das langersehnte Ziel gesetzt sein.

Voraussetzung dafür bleibt freilich, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die deutsche landwirtschaftliche Gütererzeugung so ergiebig wie irgend möglich zu ge-stalten. Daß sie trotz des verhältnismäßig hohen Kultur-zustandes des Bodens in noch erheblichem Maße steigerrungs-fähig war, wird allgemein zugegeben. Schon während des Krieges sind wertvolle Vorschläge für die Produktionsver-mehrung gemacht worden, die aber größtenteils unwirksam blieben, weil sich an maßgebenden Stellen zu spät die Ueber-zeugung von ihrer Durchführbarkeit und wohl auch Ersprieß-lichkeit befestigte. Man hatte offenbar nicht mit einer so langen Dauer des Krieges gerechnet. Sogleich nach Frie-densschluß müssen aber, schon um das Martyrium der Ueber-gangswirtschaft nach Möglichkeit abzukürzen und unserer gesamten Gernerbetätigten die unbedingt erforderliche Be-wegungsfreiheit wiederzugeben, die viel beachteten Grund-gedanken des Wirtschaftsprogramms, wie es insbesondere von R. Kindler in den „Mitteilungen der Deutschen Land-wirtschaftsgesellschaft“ entwickelt worden ist, in die Tat um-gesetzt werden, natürlich ohne daß man dabei an einen Produktionszwang zu denken braucht.

In erheblichem Maße dürften überdies unserer Land-wirtschaft „Kinder der Not“, die im Kriege errichteten ge-waltigen Stickstoffabriken, die vorerst noch hauptsächlich für den Heeresbedarf in Anspruch genommen werden, zu Hilfe kommen. Die 170 bis 180 Mill. M., die bisher alljährlich für Salpeter an Chile gezahlt werden mußten, dürften der Nationalwirtschaft künftighin erspart bleiben, zugleich aber auch Ausichten eröffnet werden, dem Stickstoffbe-darf unserer Landwirtschaft in reichlicherem Maße als bisher zu genügen. Auch an anderen künstlichen Düngemitteln, wie Ammonial, Thomasmehl, Superphosphat u. a., dürfte der jetzt herr-schende Mangel beseitigt werden, wenn nach Kriegsende die Anforderungen der Heeresverwaltung zurücktreten.

Eine bedeutsame Frage für die Uebergangswirtschaft erörterte sodann in der Septembertagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft der Oberingenieur, Hauptmann bei der Inspektion der Kraftfahrtruppen Th. Müller, indem er für die Neuordnung des Verkehrs wesens auf dem Lande ein Programm entwarf. An die Kriegserfahrungen an-knüpfend legte er dar, was die neuzeitlichen Verkehrsmittel, die Kraftwagen, bei straffer Organisation ihres Betriebes zu leisten vermögen. Sein praktischer Vorschlag bezweckt nun, bei der Demobilmachung die gewaltigen Bestände der Heeresverwaltung an Kraftwagen einem gemeinnützigen Verkehrsunternehmen zu überweisen, für bestimmte Bezirke Landverkehrs-gesellschaften zu bilden, die als solche die Beför-derung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln übernehmen.